

Keller-Sutter liest der UBS die Leviten

Die FDP holte Bundesrätin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter nach Schwyz. Diese machte klare Ansagen.

Dominik Jordan

Für ihren Herbstanlass in der Ital-Reding-Hofstatt in Schwyz konnte die kantonale FDP einen echten Topshot gewinnen: Finanzministerin Karin Keller-Sutter machte dem Hauptort ihre Aufwartung. Im Gespräch mit Ständerätin Petra Gössi nahm die Bundesrätin kein Blatt vor den Mund, wenn es etwa um die Bankenregulierung ging.

Denn in der laufenden Session diskutiert das Parlament in Bern über das Bankengesetz. Der Bundesrat will strengere Eigenkapitalanforderungen für Auslandsbeteiligungen systemrelevanter Banken durchsetzen, die UBS wehrt sich seit Monaten dagegen. Auf die Frage von Gössi, warum sie in dieser Frage so hart bleibe, sagte Keller-Sutter: «Ich mache das für das Land und das Volk. Dafür bin ich gewählt.» Auch der Bundesrat sei sich in diesem Punkt absolut einig.

«Gute Regulierung muss schlechtes Management aushalten»

Die Finanzministerin verwies auf die Rettung der UBS 2008 und den Untergang der Credit Suisse 2023. «Wenn bei einer Bank wie der UBS etwas passiert, steht das Land finanziell am Abgrund», so Keller-Sutter. «Darum muss man Massnahmen treffen, um zu verhindern, dass es überhaupt so weit kommt.» Die UBS sei zudem hochprofitabel, die Anforderungen für sie dementsprechend verkraftbar.

«Eine gute Regulierung muss auch schlechtes Management aushalten», erklärte die Finanzministerin. Die Frage sei, wer zahle, wenn etwas schief-



Bundesrätin Karin Keller-Sutter (links) in der Ital-Reding-Hofstatt im Gespräch mit der Schwyzer Ständerätin Petra Gössi.



Benjamin Mühlemann, Glarner Ständerat und Co-Präsident der FDP Schweiz, bei seiner Rede.
Bilder: Dominik Jordan

gehe. «Zahlt der Eigentümer, also der Aktionär einer Bank? Oder zahlt der Steuerzahler?» Man dürfe erwarten, dass eine Bank auch einen Beitrag leiste. Die Haltung, wenn es gut laufe, zahle man hohe Dividenden aus, und wenn es schiefgehe, zahle der Staat, sei für sie «nicht akzeptabel».

«Wie kannst du uns helfen?», fragt die Ständerätin

Gössi fragte die Bundesrätin nach dem Finanzausgleich, der Schwyz als Gebirgskanton bekanntlich seit Längerem Bauchschmerzen bereitet. «Wie

kannst du uns helfen?», fragte die Ständerätin. Keller-Sutter prophezeite «ganz schwierige Diskussionen» um den Finanzausgleich. Denn die Unterschiede zwischen den Kantonen seien grösser geworden. Sie sagte aber auch: «Ich habe die gleichen Interessen wie die Geber, denn der Bund ist der grösste Zahler.»

Präsident mit Fragezeichen beim Europa-Dossier

Zu Beginn des Anlasses, der von Nationalrat Heinz Theiler moderiert wurde, schwor Benjamin Mühlemann, Glarner Ständerat und Co-Präsident der FDP Schweiz, das Publikum auf das kommende Wahljahr ein. «Die Menschen im Land müssen wissen, wofür die FDP steht», sagte er und machte klar: «Wir wollen Sitze gewinnen.» Die Schweiz funktioniere, weil Millionen Menschen jeden Tag aufstehen und zur Arbeit gehen würden, so Mühlemann. «Wohlstand fällt nicht vom Himmel, sondern entsteht durch Arbeit. Ich bin überzeugt, dem Land geht es besser mit mehr Freisinn.»

Der Co-Parteipräsident sprach auch das heikle EU-Dossier an. «Ich ringe persönlich mit einem Entscheid», bekannte Mühlemann. «Die EU ist extrem wichtig für uns. Ich kann mir darum vorstellen, dass ich schlussendlich zustimme. Ich habe aber ernsthafte Fragezeichen bei den institutionellen Aspekten.» Im Präsidium der FDP sei klar, dass es bei einer Volksabstimmung über die EU-Verträge das Ständemehr brauche. «Wenn sich die institutionelle Rolle der Kantone ändern soll, dann sollen die Stände mitbestimmen.»

Mit Hebamme und Rechtsanwalt: Mitte beginnt neue Ära

Am Parteitag der Schwyzer Mitte wurde der langjährige Präsident Bruno Beeler gebührend verabschiedet und seine Nachfolge bestimmt.

Damian Bürgi

Einen gebührenderen Abschied hätte sich Bruno Beeler wohl nicht vorstellen können. Der meinungsstarke Goldauer Politiker führte am Samstag zum letzten Mal durch den alljährlichen Parteitag der Schwyzer Mitte. Er hatte im Sommer seinen Rücktritt als Parteipräsident sowie als Kantonsrat verkündet. Gäste am Parteitag in Freienbach waren niemand Geringeres als Staatssekretär Alexandre Fasel (65), Chefunterhändler für das Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU, sowie der renommierte Staatsrechtler Paul Richli (80) – zwei Juristen also zum Abschied von Rechtsanwalt Beeler.

Das Fachgebiet der hochrangigen Referenten war denn auch Programm: Fasel hielt ein Plädoyer für das Vertragspaket zwischen der EU und der Schweiz, welches er und sein Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im Auftrag des Bundesrats ausgehandelt haben. Richli hingegen wies in seinem Referat auf die aus seiner Sicht gefährlichen staatsrechtlichen Folgen für die Schweiz hin, sollte dieses Paket durchkommen.

Viel Juristengeplänkel um die EU-Verträge

In der anschliessenden Diskussion mit Beeler als Moderator war nicht von der Hand zu weisen, dass drei Juristen miteinander debattierten. Viele technische Details kamen zum Tragen. Der heute in Küssnacht lebende Paul Rich-



Der abtretende Mitte-Präsident Bruno Beeler (links) und das neue Co-Präsidium mit Andrea Burtschi und Matthias Kessler.
Bild: Damian Bürgi

li verwies mehrmals darauf, dass er sich Sorgen mache, weil die Schweiz in den nächsten 100 Jahren gewissermassen an die Gesetzgebung der EU gebunden sei.

Kommt es beispielsweise durch eine Initiative zu Erweiterungen an bestehendem Recht, können der Schweiz Ausgleichsmassnahmen auferlegt werden – dies durch den sogenannten «gemischten Ausschuss» mit Vertretern aus der EU und der Schweiz. Richli sieht hier klar eine «Verletzung der freien Willensbildung und Verletzung des Stimmrechts und des Initiativrechts». Auch das Parlament aus National- und Ständerat sei nicht mehr im gleichen Masse integriert, und das Schweizer Bundesgericht könnte unter Druck kommen, so Richlis Bedenken.

Fasel schüttelte dabei oft den Kopf. Künftig würden viele Fragen bei den Rechtsübernahmen bereits im gemischten Ausschuss geklärt werden. «Die Schweiz und die EU-Staaten sind von den Rechtssystemen her ziemlich nahe beieinander.» Des Weiteren könne auch die Schweiz selbst Ausgleichsmassnahmen bestimmen, wenn sie mit Bestimmungen der EU nicht einverstanden sei, so Fasel.

Mitte dürfte noch lautstärker werden als unter Beeler

Für die Schwyzer Mitte war der Parteitag somit der Startschuss für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Verträgen sowie der Beginn einer neuen Ära. Gebührend wurde Bruno Beeler

nach neun Jahren als Präsident durch die Partei und mit einer Laudatio von Alt-Regierungs- und Ständerat Othmar Reichmuth verabschiedet. Beeler führte die Kantonalpartei durch den Wandel von der CVP zur Mitte-Partei und war sich nicht zu schade, «Entscheidungen zu fällen, die nicht nur Freude ausgelöst haben», wie er selbst sagte.

In seine Fussstapfen treten Kantonsrätin Andrea Burtschi aus Buttikon und der Brunner Kantonsrat Matthias Kessler. Sie wurden an der im Anschluss an die EU-Debatte durchgeführten ausserordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig gewählt. Ausserordentlich war auch, dass im Vorfeld keine öffentliche Präsidentschaftskandidatur bekannt gegeben worden war. Wie der «Bote» aber im August bereits in Erfahrung bringen konnte, war das nun gewählte, erstmalige Co-Präsidium der Mitte bereits seit Längerem unter der Führung von Nationalrat Dominik Blunschy hinter den Kulissen diskutiert worden.

Nach ihrer Wahl machten Burtschi und Kessler – beide selbstständig arbeitend als Hebamme und Rechtsanwalt – klar, dass sie sich für eine starke Mitte einsetzen wollen. «In einer Welt, die von viel Gelärm von links und rechts geprägt ist, darf die Mitte darin nicht untergehen und muss für mehr Sachlichkeit bei politischen Themen einstehen», so Burtschi. Und auch Kessler machte unmissverständlich klar, dass man «falls nötig auch auf Krawall gebürstet» sein werde.